



## Anlage 1 zum Trägerrundschreiben 01/23

### Maßnahmen und Empfehlungen zur Erhöhung der Lehrkräftekapazitäten in Integrationskursen sowie zur Erleichterung der Kursortzulassung

#### I. Maßnahmen im Bereich der Lehrkräftezulassung und -qualifizierung zur Erleichterung des Zugangs zum Unterrichten in Integrationskursen

Ab dem 01.02.2023 und mit Wirkung bis zum 30.06.2024 erhalten folgende spezielle Zielgruppen im Rahmen einer Ausnahmeregelung einen erleichterten Zugang zum Unterrichten in Integrationskursen:

##### 1. Teilnehmende an der Zusatzqualifizierung „Deutsch als Zweitsprache in der Erwachsenenbildung“ (ZQ DaZ) oder an einer Qualifizierungsmaßnahme von der „Liste der einschlägig anerkannten DaF/DaZ-Zertifikate“ des BAMF

Ab dem 01.02.2023 dürfen alle Personen, die durch Bescheid des BAMF auf die Teilnahme an der ZQ DaZ gemäß § 15 IntV verwiesen worden sind, im Rahmen einer Ausnahmeregelung in bis spätestens 30.06.2024 begonnenen Integrationskursabschnitten unterrichten, sofern sie bereits aktuell mit ihrer Teilnahme an der ZQ DaZ oder an einer Qualifizierungsmaßnahme von der „Liste der einschlägig anerkannten DaF/DaZ-Zertifikate“ des BAMF (Hochschulzertifikate und Fortbildungen des Goethe-Instituts) nachweislich **begonnen haben**.

Eine bloße Anmeldung zur ZQ DaZ bzw. zu einer äquivalenten Qualifizierungsmaßnahme ist nicht ausreichend. Vor Aufnahme der Unterrichtstätigkeit in Integrationskursen ist die aktuelle Teilnahme an der Zusatzqualifizierung von der bzw. dem Teilnehmenden gegenüber dem BAMF (Ref. 82E) durch Vorlage einer entsprechenden Bestätigung der ZQ-Einrichtung bzw. der Anbieter der einschlägig anerkannten DaF/DaZ-Zertifikate unter Nutzung des Formulars nachzuweisen. Das Formular wird in Kürze auf der Homepage des Bundesamtes ([www.bamf.de/Zulassung-ZO](http://www.bamf.de/Zulassung-ZO)) zur Verfügung gestellt.

Die bzw. der Teilnehmende erhält im Anschluss **eine schriftliche Bestätigung des BAMF**, die sie bzw. ihn für den Zeitraum der Ausnahmeregelung zum Unterrichten in Integrationskursen berechtigt. Mit der Vorlage dieser Bestätigung beim Integrationskursträger wird diesem gegenüber nachgewiesen, dass die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung erfüllt sind.

##### 2. Masterstudierende der Studienfächer „Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache“

Eine bis zum 30.06.2024 befristete Berechtigung zum Unterrichten in Integrationskursen erhalten Masterstudierende der Studienfächer „Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache“ (DaF/DaZ) beim Vorliegen eines (vorausgegangenen) allgemeinen Hochschulabschlusses und nachgewiesenen Deutschkenntnissen auf dem Sprachniveau C1 nach dem GER in Verbindung mit einem Hochschulnachweis über mindestens zwei erfolgreich abgeschlossene Semester im Masterstudium DaF/DaZ in Deutschland. Die entsprechenden Nachweise sind mit dem Antrag auf Zulassung als Lehrkraft in Integrationskursen gemäß § 15 Integrationskursverordnung (IntV) dem BAMF (Ref. 82E) vorzulegen.

### 3. Schulische Lehrkräfte ab dem vollendeten 60. Lebensjahr

Lehrkräfte mit einem Lehramtsabschluss für andere Fächer<sup>1</sup> (außer Deutsch und moderne Fremdsprachen) **ab dem vollendeten 60. Lebensjahr** erhalten ebenfalls im Rahmen einer bis zum 30.06.2024 befristeten Ausnahmeregelung die Berechtigung zum Unterrichten in Integrationskursen, vorausgesetzt sie können mindestens 1.200 UE Sprachlehrerfahrungen im Bereich DaF/DaZ, z.B. in Willkommens- und Integrationsklassen vorweisen. Die entsprechenden Nachweise sind mit dem Antrag auf Zulassung als Lehrkraft in Integrationskursen gemäß § 15 IntV dem BAMF (Ref. 82E) vorzulegen. Die Teilnahme an der Zusatzqualifizierung „Deutsch als Zweitsprache in der Erwachsenenbildung“ wird empfohlen, ist aber während des Geltungszeitraums der Ausnahmeregelung nicht verpflichtend.

Das Formular für den Antrag auf Zulassung als Lehrkraft in Integrationskursen gemäß § 15 IntV wird aktualisiert und steht in Kürze in neuer Fassung auf der Homepage des Bundesamtes unter [www.bamf.de/lehrkraftzulassung](http://www.bamf.de/lehrkraftzulassung) zur Verfügung.

## II. Maßnahmen zur Erleichterung der Kostenrückerstattung für die ZQ DaZ bzw. die Teilnahme an einem Lehrgang zum Erwerb eines einschlägig anerkannten DaZ/DaF- (Hochschul-)Zertifikats

### 1. Für ab dem 01.02.2023 neu zugelassene Lehrkräfte

Für Lehrkräfte **mit Zulassungsdatum ab 01.02.2023** reicht der Nachweis von **300 UE** in Integrationskursen bzw. Berufssprachkursen **innerhalb von 18 Monaten** gerechnet ab dem Zulassungsdatum für eine Rückerstattung aus. Unterrichtseinheiten, die während der Teilnahme an der ZQ DaZ oder an einer äquivalenten Qualifizierungsmaßnahme unter Nutzung einer Ausnahmeregelung nach Punkt I. geleistet wurden, können auf die innerhalb von 18 Monaten nach Zulassung zu erbringenden 300 UE angerechnet werden. Eine Rückerstattung kann in jedem Fall aber erst nach der Zulassung als Lehrkraft in Integrationskursen erfolgen und nur, wenn die Kosten nicht von dritter Seite getragen wurden.

### 2. Für vor dem 01.02.2023 zugelassene Lehrkräfte

Darüber hinaus wird diese Regelung auch für folgende, vor dem 01.02.2023 zugelassene Lehrkräfte rückwirkend angewandt: Lehrkräfte, die in der Zeit von **01.07.2021 bis 31.01.2023** zugelassen wurden, können eine Kostenrückerstattung ebenfalls bereits dann beantragen, wenn sie **300 UE** in Integrationskursen bzw. **Berufssprachkursen innerhalb von 24 Monaten** ab ihrer Zulassung (Datum des Bescheids) nachweisen **und** nachweislich zum Zeitpunkt der Einreichung des Rückerstattungsantrags **aktiv** in einem Integrationskurs oder Berufssprachkurs **unterrichten**.

Für die weiteren Voraussetzungen und Regelungen zur Kostenrückerstattung wird auf die Homepage des Bundesamtes ([www.bamf.de/Zulassung-ZQ-DaF-DaZ](http://www.bamf.de/Zulassung-ZQ-DaF-DaZ)) verwiesen. Die

---

<sup>1</sup> Lehrkräfte mit einem Lehramtsabschluss für Deutsch oder moderne Fremdsprachen (auch Grundschullehramt) erhalten bereits eine Direktzulassung nach § 15 Abs. 1 IntV.

Antragsformulare für die Kostenrückerstattung werden in Kürze angepasst. Für den Nachweis einer aktuellen aktiven Unterrichtstätigkeit in einem Integrations- oder Berufssprachkurs wird auf der Homepage ein Formular zur Verfügung gestellt, das vom Kursträger auszufüllen und mit den übrigen Antragsunterlagen von der Lehrkraft beim BAMF (Ref. 82E) einzureichen ist.

### **III. Empfehlungen für Maßnahmen zum optimierten Einsatz von bereits zugelassenen und zum Unterrichten berechtigten Lehrkräften<sup>2</sup>**

Auf Grund einer hohen Auslastung aller Kapazitäten im Gesamtprogramm Sprache (GPS) können gegenwärtig außerdem folgende Maßnahmen vor Ort überprüft und eingeleitet werden, um weiteren Teilnehmenden im Jahr 2023 einen möglichst schnellen Zugang zum Integrationskurs zu ermöglichen:

#### **1. Gezielter Ausbau der Teilzeitkurse nach dem Modell "2-3 Tage statt 5 Tage pro Woche" oder "2-3 UE statt 5 UE pro Tag" als vorübergehende oder dauerhafte Maßnahme**

Mit einem gezielten Ausbau der Teilzeitkurse können kurzfristig mehr Kurse installiert werden: So können Lehrkräfte z.B. vormittags mehr Kurse parallel anbieten.

Außerdem können auf diese Weise die Lern- und Zugangsvoraussetzungen einiger berufstätiger Teilnehmenden oder auch Teilnehmender mit Kindern besser berücksichtigt werden.

Hinsichtlich der bisherigen Genehmigungspflicht für Teilzeitkurse (IK) mit unter 12 UE pro Woche gilt daher bis auf Weiteres Folgendes:

- Das Erfordernis, Teilzeitkurse vorab durch die zuständige Regionalstelle genehmigen zu lassen, besteht ab sofort für Kurse nur noch dann, wenn sie mit weniger als 10 UE pro Woche stattfinden sollen.
- Als Begründung für die Unterschreitung von 10 UE pro Woche kann zusätzlich zu den bislang anerkannten Gründen auch ein vor Ort bestehender akuter Kapazitätsengpass angegeben werden.

Sobald vor Ort mehr Lehrkräfte zur Verfügung stehen, könnten bei Bedarf und auf Wunsch bereits laufende Teilzeitkurse in Vollzeit-Kurse überführt werden.

#### **2. Angebot von virtuellen Kursen mit zugeschalteten Lehrkräften von anderen Standorten in Regionen mit schwachen Lehrkräfte-Strukturen**

Die verfügbaren Lehrkräftekapazitäten können erfahrungsgemäß lokal bzw. regional schwanken. In Regionen mit Lehrkräfte-Engpässen können virtuelle Kurse angeboten werden, in denen Lehrkräfte von anderen Trägerstandorten aus die Kursleitung übernehmen.

Hierbei soll allerdings nicht lediglich die Lehrkraft virtuell zugeschaltet werden, während die Teilnehmenden in einem Kursraum vor Ort in Präsenz anwesend sind. Vielmehr soll jede/r Teilnehmer/in einen eigenen PC-Platz haben, unabhängig davon, ob er sich vor Ort beim

---

<sup>2</sup> Lehrkräfte mit Zulassung nach § 15 IntV sowie Personen, die im Rahmen der Ausnahmeregelung gemäß Punkt I dieser Anlage zum Unterrichten in Integrationskursen berechtigt sind.

Kursträger oder zu Hause befindet, d.h. es wird ein echtes virtuelles Klassenzimmer eingerichtet.

### **3. Kombi-Lösung aus den Vorschlägen „Teilzeit-“ und „virtuelle Kurse“**

Eine weitere Lösungsmöglichkeit stellt das Kombi-Modell dar, nach dem der Unterricht in einem Vollzeitkurs je in Teilzeit (z.B. 2-3 Tage) von einer Lehrkraft in Präsenz vor Ort sowie von einer zugeschalteten Lehrkraft im virtuellen Klassenzimmer (vgl. Punkt III.2 oben) durchgeführt wird.

Diese Möglichkeit sollte insbesondere im Vergleich zu einem reinen virtuellen Kurs als Alternative überprüft werden, da sie Vorteile eines Präsenzunterrichts (in Teilzeit) mit der Flexibilisierung durch virtuelle Unterrichtsdurchführung verbindet.

## **IV. Maßnahmen zur Erleichterung im Kursträgerzulassungsverfahren (IK)**

Für bereits zugelassene Kursträger gelten bei der Eröffnung zusätzlicher Kursorte bis auf Weiteres folgende Erleichterungen:

- Neue Kursorte können jederzeit während der Zulassungsdauer nachträglich zum Zulassungsantrag mittels dem „Meldebogen Kursort“ beantragt werden, ohne dass hierfür vom Bundesamt ein entsprechender Bedarf ausgewiesen werden musste.
- Um eine möglichst schnelle Zulassung zu gewährleisten, ist abweichend vom üblichen Verfahren eine vorherige Vor-Ort-Besichtigung der Räumlichkeiten durch das Bundesamt nicht erforderlich, sofern die Geeignetheit der Räume durch alternative Nachweise (Fotos oder Grundrisse der Räumlichkeiten) dargelegt werden kann. In Ausnahmefällen kann eine Zulassung durch die zuständige Regionalstelle auch ohne Vorlage alternativer Nachweise unter Vorbehalt einer noch zu erfolgenden örtlichen Prüfung erfolgen.